

Gespräch mit Trygve Bratteli in Der Spiegel (19. Juli 1971)

Legende: Trygve Bratteli, norwegischer Premierminister, erläutert in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin Der Spiegel die Schwierigkeiten auf welche Norwegen in den Beitrittsverhandlungen zum Gemeinsamen Markt immer wieder stößt.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; R Herausgeber Engel K., Johannes; Gaus, Günter. 19.07.1971, Nr. 30; 25. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein KG. "Gespräch mit Trygve Bratteli", p. 66-67.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gesprach_mit_trygve_bratteli_in_der_spiegel_19_juli_1971-de-8foeo98f-d8a7-4b4f-bo49-65460b2bad8e.html

Publication date: 13/02/2017



Gespräch mit Trygve Bratteli

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, Norwegens Fischer fürchten um ihre Existenz. Sie wollen keine EWG-Konkurrenz an ihren Küsten und fordern, daß bei einem Eintritt Norwegens in die EWG europäische Fischer-Kollegen nicht in ihren Gewässern innerhalb der Zwölfmeilenzone fischen dürfen. Ihre Regierung hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Wird Norwegens Beitritt zur EWG an seinen 37 000 Fischern scheitern?

BRATTELI: Das glaube ich nicht. Die sechs EWG-Länder zeigen viel Verständnis für Norwegens spezielle Fischereiprobleme und für die Menschen, die an den langen norwegischen Küsten ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.

SPIEGEL: Was geschieht, wenn das Brüsseler Verständnis für die Nöte Ihrer Fischer nicht so groß wie erwartet ist? Bleibt Norwegen dann außerhalb der EWG?

BRATTELI: Ohne eine befriedigende Regelung unserer Fischereigrenzen wäre es politisch unmöglich, in Norwegen eine Zustimmung für den EWG-Beitritt zu erhalten. Wir werden darüber ja einen Volksentscheid durchführen.

SPIEGEL: Sie fordern von Brüssel eine Ausnahme von jener EWG-Regelung, die allen EWG-Fischern in Gewässern der Mitgliedsländer das Fischen gestattet. Eine Ausnahme würde deutsche, französische oder holländische Fischer benachteiligen.

BRATTELI: Nein. Nach unserem Vorschlag könnten sie sich in Norwegen niederlassen und dann in unseren Gewässern fischen.

SPIEGEL: Das ist aber sehr theoretisch. Im Prinzip fordern Sie doch eine Ausnahmeregelung, wonach Ihre Zwölfmeilengrenze norwegisch bleibt und nicht EWG-Grenze wird.

BRATTELI: Wir haben das nicht als Ausnahme vorgeschlagen, sondern würden es akzeptieren, wenn andere Fischereiländer genauso verfahren. Wir wollen Wege finden, jedwede Diskriminierung anderer Nationen auszuschließen.

SPIEGEL: England forderte und erhielt eine Sonderregelung für seine neuseeländischen Butterlieferanten; Norwegen will ein Küstenreservat für seine Fischer und Sonderregelungen für seine Bauern. Entfernt sich die EWG mit derlei Konzessionen nicht von ihrem Integrationsziel?

BRATTELI: Jedes Land hat spezielle klimatische oder soziale Bedingungen. Daher bringt die Gemeinschaft schon jetzt der Regionalpolitik ein besonderes Interesse entgegen. Gewiß werden diese regionalen Probleme durch die Erweiterung der EWG noch diffiziler...

SPIEGEL: ... und Gemeinschaftsbeschlüsse noch schwieriger zu fassen sein als im Kleineuropa der sechs bisher schon. Werden dann nicht jene Skeptiker recht behalten, die vor einer Erweiterung der EWG warnten, weil dann das ohnehin schon langsame Integrations tempo noch mehr gebremst wird?

BRATTELI: Ich bin sehr sicher, daß die vier Länder, um deren Aufnahme in die EWG es jetzt geht, an der Stärke und Weiterentwicklung der Gemeinschaft ebenso interessiert sind wie die jetzigen Mitglieder.

SPIEGEL: Wir sind da nicht so sicher. Denn anders als die sechs Länder, die 1957 die EWG gründeten, werden die vier EWG-Aspiranten doch primär von aktuellen wirtschaftlichen Erwägungen und weniger vom politischen Fernziel eines geeinten Europa geleitet. Norwegen will beispielsweise in die EWG, damit es den Briten hinter die sicheren EWG-Zollmauern folgen kann – und nicht, weil es ein politisch geeintes Europa anstrebt.

BRATTELI: Darauf kann ich Ihnen nur mit meiner persönlichen Ansicht antworten. Mich hat die

westeuropäische Entwicklung stets unter ihren gesamtpolitischen Aspekten bewegt, und ich sehe in der wirtschaftlichen Einigung vor allem die Grundlage für eine politische Integration. Der englische EWG-Beitritt wäre in meinen Augen aus politischen Gründen ein großer Gewinn für die Zukunft Europas.

SPIEGEL: Wenn Englands Eintritt in die EWG am Votum des Unterhauses scheitern würde, bliebe auch Norwegen dann weiterhin außerhalb der EWG?

BRATTELI: Dann wäre es für uns das Natürlichste, in der Efta zu bleiben.

SPIEGEL: Diese Entscheidung würden Sie also ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten fällen?

BRATTELI: Im wesentlichen, denn die norwegisch-britischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich ja auf vielen Sektoren ganz zufriedenstellend entwickelt.

SPIEGEL: Meinungsumfragen erweisen, daß nur ein Drittel der Norweger für einen EWG-Beitritt stimmen würde, über 30 Prozent sind noch unentschieden. Was werden sie unternehmen, um im Volksentscheid, der nach Abschluß Ihrer Brüsseler Verhandlungen stattfinden wird, eine Mehrheit für den EWG-Beitritt zu gewinnen?

BRATTELI: Wir müssen der Bevölkerung zunächst einmal alle Seiten des Problems darstellen, damit die Leute überhaupt verstehen, worum es geht. Wenn dann ein akzeptables Verhandlungsergebnis vorliegen sollte, werden wir mit politischen Mitteln für eine Zustimmung kämpfen.

SPIEGEL: Und Sie glauben, daß dann die Mehrheit für den Beitritt stimmt?

BRATTELI: Man muß in der Politik ja immer davon ausgehen, daß gemeinhin das eigene Volk aus verständigen und vernünftigen Menschen besteht und ein gutes Ergebnis billigen wird.

SPIEGEL: Bislang wird die Debatte über den EWG-Beitritt in Norwegen aber wohl eher emotional denn rational geführt. So schrecken Beitrittsgegner gottesfürchtige norwegische Protestanten mit der Vision, daß sie bei einem Eintritt in die EWG unter die Herrschaft des Papstes geraten werden.

BRATTELI: Na ja, es gibt gewisse Untergrundbewegungen einiger religiöser Kreise. Aber diese Gruppen spielen keine große Rolle, wenngleich ich zugebe, daß ihre Argumente auf bestimmte Bevölkerungskreise Eindruck machen.

SPIEGEL: Nicht minder irrational ist doch auch die von den Beitrittsgegnern geschürte Furcht, daß Norwegen die erst 1905 gewonnene nationale Selbständigkeit an eine Brüsseler Technokraten-Clique verlieren wird.

BRATTELI: Diese Skepsis gegenüber der EWG ist hier bestimmt nicht größer als etwa in Dänemark oder in Schweden. Die Mentalität der Norweger ist ja sehr komplex. Zu einem großen Teil sind sie nach außen orientiert, denn unsere Wirtschaft lebt zu 40 Prozent vom Außenhandel. Aber es gibt auch eine gegenteilige Einstellung. Sie schlägt in Furcht um, wenn die Leute fühlen, daß durch Veränderungen in Europa fundamentale Eigenschaften unseres Landes verändert werden.

SPIEGEL: Spielen bei diesen EWG-Gegnern auch Ressentiments gegen die Deutschen mit?

BRATTELI: Wohl kaum.

SPIEGEL: Wenig ermutigend dürfte es für Sie sein, daß fast alle politischen Jugendorganisationen Norwegens gegen einen EWG-Beitritt votieren. Wie erklären Sie sich das?

BRATTELI: Das sind sehr schwer erklärbare Gefühlsströmungen. Viele Jugendliche sehen in der EWG ein unbändiges kapitalistisches Ungeheuer. Und sie fürchten, daß Norwegen durch den Beitritt zur EWG die

Möglichkeit verliert, die vielfältigen Umweltschutzprobleme zu lösen.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident. Ihr konservativer Vorgänger Borten scheiterte an den EWG-Kontroversen in seiner Koalitionsregierung. Wird der sozialdemokratische Regierungschef Bratteli zurücktreten, wenn die Norweger sich gegen seine EWG-Politik aussprechen?

BRATTELI: Sie werden verstehen, daß ich meine politische Existenz nicht von hypothetischen Erwägungen abhängig machen will. Zu Situationen nehme ich erst Stellung, wenn sie entstanden sind.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.